



Referat für Jugend,
Familie und Soziales

„Bürgerstiftungen sind ein wichtiger Faktor für die Zivilgesellschaft“

Dr. Ulrich Maly

**Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe,
bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“**

Nr. 35 / März 2015

Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“

Herausgegeben von Reiner Prölß & Dr. Uli Glaser, Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg.

Die „Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance““ sind als Materialsammlung konzipiert. Sie publizieren Konzepte, Berichte, Evaluationen, Übersichtspräsentationen und Kurzfassungen von studentischen Abschlussarbeiten. Veröffentlicht werden sie als PDF-Dokumente unter www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/arbeitspapiere.html sowie ggf. durch Versand an Zielgruppen und als Anhänge an Newsletter. Sie stehen allen Interessierten (unter Angabe der Quelle) gerne zur weiteren Verwendung zur Verfügung.

Nr. 35 / März 2015: „Bürgerstiftungen sind ein wichtiger Faktor für die Zivilgesellschaft“ (Dr. Ulrich Maly)

Nr. 34 / März 2015 Konzeption und Durchführung eines Kindermitbringtags: Ein Leitfaden für Unternehmen und Verwaltung (Carolin Bartenschlager, Doris Reinecke)

Nr. 33 / Januar 2015: Thema Flüchtlinge und Asyl: Der aktuelle Rahmen (Thorsten Bach, Jonas Köhler, Martina Mittenhuber)

Nr. 32 / Januar 2015: Anerkennungskultur: Ein Blick zurück nach vorn (Dr. Thomas Röbbke)

Nr. 31 / Oktober 2014: Die Nürnberger „Corporate Volunteering“ -Tage in den Jahren 2013 und 2014 (Birgit Kretz, Ramona Löffler, Annegret Schiemann)

Nr. 30 / September 2014: Vier Jahre Stifter-Initiative Nürnberg: Eine Zwischenbilanz (Harald Riedel)

Nr. 29 / Juni 2014: Kulturfreunde: Ein Ehrenamtsprojekt zur kulturellen Teilhabe von Kindern aus Kindertageseinrichtungen strukturschwacher Stadtteile in Nürnberg (Ramona Löffler, Ingrid Wild-Kreuch)

Nr. 28 / Mai 2014: „Nürnberger Unternehmen in sozialer Verantwortung“ – Beratungsprojekt für KMU und Aufbau des CSR-Netzwerks Nürnberg (Dr. Uli Glaser, Julia Kares, Thorsten Bach)

Nr. 27 / April 2014: Die Nürnberger Freiwilligenbörse/ Freiwilligenmesse: Erfahrungen aus vier Jahren (Sabine Thiel, Bastian Sauer, Andreas Mittelmeier, Alexandra Weber)

Nr. 26 / März 2014: Fundraising vor Ort – Checkliste für Fundraising-Bemühungen (Uli Glaser, Alina Alexandrow)

Nr. 25 / Februar 2014: Stiftungs Kooperationen: Das Beispiel „Stifterverbund MUBIKIN“ (Kirsti Ramming)

Nr. 24 / Februar 2014: 1. Jugend-Engagement-Tage Nürnberg 2013: Umfrage-Ergebnisse (Elke Lindemayr)

Nr. 23 / Oktober 2013: Drei Jahre Stifter-Initiative Nürnberg – Artikel und Veröffentlichungen (Dr. Uli Glaser, Michaela Smolka)

Nr. 22 / September 2013: Alleinerziehende in Nürnberg – Lokale Ansätze der Unterstützung und Vernetzung (Andreas Kummer, Doris Reinecke)

Nr. 21 / September 2013: Wandel der ehrenamtlichen Arbeit in Wohlfahrtsverbänden – Regionale Konzepte von AWO und Caritas (Tabea Simone Häusler)

Nr. 20 / September 2013: Corporate Urban Responsibility – Unternehmerisches Engagement in der Stadtteilentwicklung am Beispiel der Stadtteilpatenschaften in

Nürnberg (Julia Roggenkamp)

Nr. 19 / September 2013: Zum bürgerschaftlichen Engagement junger Menschen (Esther Meyer, Bastian Sauer)

Nr. 18 / Juli 2013: Stadtteilpatenschaften in Nürnberg: Voraussetzungen und Erfahrungen (Dr. Uli Glaser, Bastian Sauer, Sigurd Weiß)

Nr. 17 / Juni 2013: Bürgerschaftliches Engagement und sozialstaatliche Daseinsvorsorge. Bemerkungen zu einer verwickelten Beziehung (Dr. Thomas Röbbke)

Nr. 16 / Mai 2013: Kultur für alle!? Wie Nürnbergerinnen und Nürnberger mit niedrigem Einkommen die Kulturläden nutzen (Peter Hautmann)

Nr. 14 / Mai 2013: Die Initiative familienbewusste Personalpolitik (Thomas Etterer, Doris Reinecke)

Nr. 13 / März 2013: Die Keimzelle der Demokratie: Chancen und Grenzen kommunaler Bürgerbeteiligung (Dr. Ulrich Maly)

Nr. 10 / November 2012: Familie als kommunalpolitische Entwicklungsaufgabe (Reiner Prölß)

Nr. 9 / November 2012: Soziale Infrastruktur, Mehrgenerationenhäuser, Bürgerschaftliches Engagement (Reiner Prölß)

Nr. 8 / Juli 2012: Nürnberg und das Stiftungswesen (Karin Eisgruber, Uli Glaser, Elmar Reuter)

Nr. 7 / Juli 2012: Unternehmen Ehrensache: Das „Corporate Volunteering“ Netzwerk in Nürnberg (Elisabeth Fuchsloch)

Nr. 6 / Juli 2012: Engagementförderung und Freiwilligenmanagement im kommunalen Aufgabenfeld (Dr. Uli Glaser)

Nr. 5 / Juli 2012: Repräsentativbefragung zu Kultureller Bildung und Kinderkultur (2009/2010): Die Ergebnisse im Überblick (Dr. Hermann Burkhard, Dr. Uli Glaser, Simon Reif, Daniela Schuldes, Ingrid Wild-Kreuch)

Nr. 4 / Mai 2012: Beispiele Nürnberger Projekte Kultureller Teilhabe (Marco Puschner)

Nr. 3 / Mai 2012: Mythos Kultur für alle? Kulturelle Teilhabe als unerfülltes Programm (Uli Glaser)

Nr. 2 / Mai 2012: Bürgerschaftliches Engagement in Nürnberg (Uli Glaser & Alexandra Weber)

Nr. 1 / Mai 2012: Die Stadtteilpatenschaft: Ein Modell öffentlich-zivilgesellschaftlicher-privater Partnerschaft (Heinz Brenner, Alexander Brochier, Uli Glaser & Reiner Prölß)

Autor:

Dr. Ulrich Maly ist studierter Volkswirt, war von 1996 bis 2002 Stadtkämmerer in Nürnberg und wurde seit 2002 dreimal zum Nürnberger Oberbürgermeister gewählt. Seit 2011 ist er Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, seit 2013 Präsident des Deutschen Städtetags.

„Bürgerstiftungen sind ein wichtiger Faktor für die Zivilgesellschaft“

Für die „Initiative Bürgerstiftungen“ des Bundesverbands Deutscher Stiftungen und für „Städtetag Aktuell“, eine Publikation des Deutschen Städtetags, gab Dr. Ulrich Maly im letzten Jahr ein Interview. Er formuliert darin Standpunkte zum Stiftungswesen in der Kommune im Allgemeinen und zu den Bürgerstiftungen im Besonderen.

Dieses Interview ist auf den beiden folgenden Seiten im Facsimile dokumentiert.

Eine Bürgerstiftung ist laut Definition „eine unabhängige, autonom handelnde, gemeinnützige Stiftung von Bürgern für Bürger mit möglichst breitem Stiftungszweck“.

Kriterien für eine Bürgerstiftung sind:

- Nachhaltiges und dauerhaftes Engagement für das Gemeinwesen
- Ein genau definierter geographischer Raum
- Fördernde und operative Tätigkeiten
- Engagement für alle Bürger des Einzugsgebietes
- Unterstützung auch von bürgerschaftlichem Engagement
- Selbst ehrenamtlich Engagierte einbindend, häufig komplett ehrenamtlich organisiert
- Offen insbesondere für kleinere Zustiftungen und für Spenden
- Eignung als Träger treuhänderischer Stiftungen
- Errichtung und Unterstützung durch eine Vielzahl und Vielfalt von Stiftern
- Ziel des kontinuierlichen Aufbaus eines Stiftungsvermögens

Bürgerstiftungen und Kommunen

Maly: „Bürgerstiftungen sind wichtiger Faktor für die Zivilgesellschaft“

Ein Interview mit Dr. Ulrich Maly, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Nürnberg, zum Verhältnis zwischen Kommunen und Bürgerstiftungen:

Frage: Die Bürgerstiftungsbewegung wächst seit Gründung der ersten deutschen Bürgerstiftungen in den 90er Jahren stark. Welche Rolle spielen Bürgerstiftungen Ihrer Meinung nach für das lokale Gemeinwesen heute?

Maly: Die „Gründungswelle“ der Bürgerstiftungen ist auf jeden Fall eine große Erfolgsgeschichte, auch wenn der Aufbau des Stiftungskapitals nicht überall den ersten Hoffnungen entspricht. Das Grundkonzept der Bürgerstiftungen, das ich ganz kurz mit den Begriffen kooperativ, engagiert, transparent und demokratisch umschreiben möchte, ist auf jeden Fall eine Bereicherung für das örtliche Gemeinwesen. In den vergangenen Jahren hat sich ja insgesamt das Verhältnis zwischen den drei Sektoren Staat/Kommune, Wirtschaft und Zivilgesellschaft neu sortiert und vielerorts sehr gebessert: Man hat erkannt, dass man gemeinsam weiter kommt, als wenn man in alten Rollenverständnissen verhaftet bleibt. Da sind die Bürgerstiftungen ein ganz wichtiger Faktor für die Zivilgesellschaft, gerade weil sie verschiedene Rollen quasi „überparteilich“ übernehmen können, die bei anderen Organisationen der Zivilgesellschaft, die viel engere Zieldefinitionen haben, so nicht akzeptiert würden.

Frage: Wie sehen Sie das Zusammenspiel von Kommunen und Bürgerstiftungen?

Maly: Im erwähnten Zusammenspiel Kommune – Wirtschaft – Zivilgesellschaft haben, nach meiner Wahrnehmung, die Bürgerstiftungen ein sehr gutes Standing, weil sie allgemein als Zusammenschluss besonders engagierter Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen werden. Für die Stadtpolitik und Stadtverwaltung ist die Zusammenarbeit mit den Bürgerstiftungen ein gutes Übungsfeld wie man im Sinne von „Good Governance“ auf Augenhöhe, kooperativ, nicht-dirigistisch, ziel-orientiert mit Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten kann. Das schließt unterschiedliche Auffassungen und Zielkonflikte natürlich nicht aus, ohne jedoch den Leitgedanken „Stadtgesellschaft im Dialog“ aus den Augen zu verlieren.

Ich glaube, dass das viele Kolleginnen und Kollegen aus der Kommunalpolitik genauso sehen.

Wenn ich mir die konkrete Zusammenarbeit von Stadt und Bürgerstiftung in meiner Stadt, in Nürnberg, ansehe, dann sehe ich: Gute Kontakte, viel Unterstützung der Bürgerstiftung auch – aber natürlich nicht nur – für kommunale Einrichtungen (vor allem im Bereich „Kinder“) und einen grundsätzlichen gemeinsamen Zielkorridor, der in meiner Formulierung „Solidarische Stadtgesellschaft“ heißt. Dies beruht aber nicht auf konkreten Vereinbarungen, die Bürgerstiftung in Nürnberg ist absolut selbständig, hängt nicht am „kommunalen Tropf“ und definiert in einem sehr demokratischen Verfahren unter Einbeziehung ihrer Ehrenamtlichen ihre Ziele und Aktivitäten selbst.

Eine direkte Verbindung, die unser Gesamtpersonalrat initiiert hat und von mir unterstützt wurde, gibt es allerdings seit mehr als zehn Jahren: Wir haben für Mitarbeiter/-innen und Pensionäre der Stadtverwaltung den „Rest-Cent“ eingeführt, bei dem die Cent-Beträge hinter dem Komma bei der Gehaltsabrechnung freiwillig abgeführt werden können: Diese Beträge – immerhin mehrere tausend Euro pro Jahr – gehen an die Bürgerstiftung Nürnberg, die aber über die Verwendung völlig frei verfügen kann.

Frage: Unter welchen Bedingungen können Bürgerstiftungen am besten vor Ort arbeiten? Welchen Stellenwert haben Aspekte wie Unabhängigkeit und Transparenz?

Maly: Bei Letzterem angefangen: Die Transparenz ist ein ganz wichtiger Faktor, der die Bürgerstiftungen vor vielen anderen Stiftungen auszeichnet und für ihre Glaubwürdigkeit enorm wichtig ist. Der Bundesverband Deutscher Stiftungen hat ja bei einer Umfrage festgestellt, dass weniger als ein Fünftel der deutschen Stiftungen ausführlich über Geschäftstätigkeit und Finanzen zum Beispiel im Internet informiert. Wenn man aber eine Stiftung „von Bürgern für Bürger“ sein will und die Zustiftungen, Spenden und Mitarbeit von möglichst vielen Bürgern und Bürgerinnen erreichen will, dann ist dies eine unabdingbare Voraussetzung. Und mit der Unabhängigkeit verhält es sich ähnlich: Wenn die Bürgerinnen und Bürger der Stadt sehen, dass sich eine Bürgerstiftung – von wem auch

immer – instrumentalisieren lässt, dann werden Rückhalt und Glaubwürdigkeit nachlassen.

Was für Bürgerstiftungen meines Erachtens heute noch an vielen Stellen schwierig ist, ergibt sich auch aus dem „Doppelgesicht“ der Ehrenamtlichkeit: Der Wert und die Qualität von bürgerschaftlichem Engagement – ich würde sagen: der Charme – liegt ja in der unbezahlten Mitarbeit und dem finanziellen Engagement vieler. Andererseits ist es ohne eine kontinuierliche hauptamtliche Struktur natürlich nicht einfach, die vielen Aufgaben, denen sich eine Bürgerstiftung zuwenden könnte und wollte, zu bewältigen. Da muss jede Bürgerstiftung vor Ort eine gute Lösung für ihr Projektmanagement und ihr Fundraising finden und vielleicht auch eine sinnvolle Eingrenzung ihres Tätigkeitsspektrums.

Frage: Nun ist der Begriff Bürgerstiftungen rechtlich nicht geschützt, was dazu führt, dass auch andere Akteure ihn nutzen. Wie wichtig ist es für den Erfolg von Bürgerstiftungen zu verhindern, dass der Begriff ausgehöhlt wird?

Maly: Ich weiß, dass sich unter dem Begriff „Bürgerstiftung“ viele finden, die stärker von Kommunen, Sparkassen, genossenschaftlichen Kreditinstituten oder Stiftungsmanagern gesteuert werden als die originären, mit dem Gütesiegel ausgezeichneten Bürgerstiftungen, sich dies wünschen. Ich spreche diesen Stiftungen keineswegs ihre Legitimität ab, würde mich aber freuen, wenn es zu mehr begrifflicher Klarheit käme. Ich halte deshalb das Vorhaben der „Initiative Bürgerstiftungen“ und der „Aktiven Bürgerschaft“ für richtig, mit diesen Stiftungen in den direkten Austausch zu treten.

Übrigens haben wir begrifflich noch eine andere, noch größere Aufgabe: Wir müssen dafür sorgen, dass immer weniger Leute, wenn sie das Wort „Stiftung“

hören, an Liechtenstein und Steuertricks denken, sondern immer mehr Menschen sofort an die – weit über 90 Prozent – gemeinnützigen Stiftungen denken und vielleicht sogar eine aus ihrer Umgebung benennen können. Warum nicht die nächstgelegene Bürgerstiftung?

Frage: Wird in einer Kommune eine „Bürgerstiftung“ ins Leben gerufen, die gar keine im Sinne der Definition des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen ist, stehen die lokalen Akteure – seien es Bürgermeister oder engagierte Bürger – dem oft unsicher gegenüber. Was raten Sie in dieser Situation?

Maly: Wie bei jeder anderen Stiftung: Sich die Satzung ansehen, die Transparenz prüfen, die Konstruktion ansehen – und am besten auch mit handelnden Personen sprechen. Eine Kommune kann und sollte es sich nicht leisten, mit Partnern aus der Zivilgesellschaft nicht zu sprechen!

Frage: Insbesondere in Bayern werden eine Vielzahl von „Nicht-Bürgerstiftungen“ gegründet, die unter dem Namen Bürgerstiftung segeln; häufig errichtet von der Kommune oder von Kreditinstituten. Was kann aus Ihrer Sicht getan werden, um eine diesbezügliche Beliebigkeit zu vermeiden? Welche Akteure sind gefordert?

Maly: Ich bin niemand, der gesetzliche Regelungen fordert, wo sie nicht unerlässlich sind. Ich setze auf Erkenntnisgewinn und Dialog. In sehr vielen Bereichen mit hoher gesellschaftlicher Dynamik – und dazu gehören die Bürgerstiftungen – mussten und müssen sich einheitliche Standards erst in einem längeren Prozess herauskristalisieren und durchsetzen. Unerlässlich dafür sind Foren, in denen man – auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene – sich austauscht und unterschiedliche Sichtweisen thematisiert. Da können auch die kommunalen Spitzenverbände als Partner mitspielen.

Seit 2001 ist die „Initiative Bürgerstiftungen“ unter dem Dach des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen das zentrale und unabhängige Kompetenzzentrum für Bürgerstiftungen in Deutschland. Sie berät, schult und vernetzt Bürgerstiftungen und Gründungsinitiativen und informiert die Öffentlichkeit über Entwicklungen im Bürgerstiftungssektor. Weitere Infos unter www.buergerstiftungen.org.

Basisinformationen zu Bürgerstiftungen

Die älteste Bürgerstiftung weltweit ist die „Cleveland Foundation“ aus den USA, die 2014 ihr 100jähriges Bestehen feiern konnte. In den USA werden die Bürgerstiftungen meist „Community Foundations“ genannt.

Seit der Gründung der ersten deutschen Bürgerstiftungen in Gütersloh 1996 und Hannover 1997 sind im gesamten Bundesgebiet zahlreiche weitere Stiftungen dieses Typs entstanden. Bereits im Jahr 2000 gab sich der Arbeitskreis Bürgerstiftungen selbst eine Definition, die sogenannten „10 Merkmale einer Bürgerstiftung“, die sich zum „Gütesiegel“ entwickelten:

1. Eine Bürgerstiftung ist gemeinnützig und will das Gemeinwesen stärken. Sie versteht sich als Element einer selbstbestimmten Bürgergesellschaft.
2. Eine Bürgerstiftung wird in der Regel von mehreren Stiftern errichtet. Eine Initiative zu ihrer Errichtung kann auch von Einzelpersonen oder einzelnen Institutionen ausgehen.
3. Eine Bürgerstiftung ist wirtschaftlich und politisch unabhängig. Sie ist konfessionell und parteipolitisch nicht gebunden. Eine Dominanz einzelner Stifter, Parteien, Unternehmen wird abgelehnt. Politische Gremien und Verwaltungsspitzen dürfen keinen bestimmenden Einfluss auf Entscheidungen nehmen.
4. Das Aktionsgebiet einer Bürgerstiftung ist geographisch ausgerichtet: auf eine Stadt, einen Landkreis, eine Region.
5. Eine Bürgerstiftung baut kontinuierlich Stiftungskapital auf. Dabei gibt sie allen Bürgern, die sich einer bestimmten Stadt oder Region verbunden fühlen und die Stiftungsziele bejahen, die Möglichkeit einer Zustiftung. Sie sammelt darüber hinaus Projektspenden und kann Unterstiftungen und Fonds einrichten, die einzelne der in der Satzung aufgeführten Zwecke verfolgen oder auch regionale Teilgebiete fördern.
6. Eine Bürgerstiftung wirkt in einem breiten Spektrum des städtischen oder regionalen Lebens, dessen Förderung für sie im Vordergrund steht. Ihr Stiftungszweck ist daher breit. Er umfasst in der Regel den kulturellen Sektor, Jugend und Soziales, das Bildungswesen, Natur und Umwelt und den Denkmalschutz. Sie ist fördernd und/oder operativ tätig und sollte innovativ tätig sein.
7. Eine Bürgerstiftung fördert Projekte, die von bürgerschaftlichem Engagement getragen sind oder Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Dabei bemüht sie sich um neue Formen des gesellschaftlichen Engagements.
8. Eine Bürgerstiftung macht ihre Projekte öffentlich und betreibt eine ausgeprägte Öffentlichkeitsarbeit, um allen Bürgern ihrer Region die Möglichkeit zu geben, sich an den Projekten zu beteiligen.
9. Eine Bürgerstiftung kann ein lokales Netzwerk innerhalb verschiedener gemeinnütziger Organisationen einer Stadt oder Region koordinieren.
10. Die interne Arbeit einer Bürgerstiftung ist durch Partizipation und Transparenz geprägt. Eine Bürgerstiftung hat mehrere Gremien (Vorstand und Kontrollorgan), in denen Bürger für Bürger ausführende und kontrollierende Funktionen innehaben.

Es gibt derzeit rund 380 Bürgerstiftungen in Deutschland, wovon 275 „Gütesiegel-Bürgerstiftungen“ sind.

Weiterführende Links:

Deutscher Städtetag: <http://www.staedtetag.de/>

Bundesverband Deutscher Stiftungen: <http://www.stiftungen.org/>

Initiative Bürgerstiftungen: <http://www.buergerstiftungen.org/>

Aktive Bürgerschaft: http://www.aktive-buergerschaft.de/aktive_buergerschaft

Bürgerstiftung Nürnberg: <http://www.buergerstiftung-nuernberg.de/>